Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 12 (1932-1933)
Heft: 12

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Wirkung zur Verfügung steht. Der Elsässer braucht satirische Peitschenhiebe, er braucht sie wie den Gegentyp, weil er stärker als jeder andere Volksstamm ungesunden Extremen verfällt, der Überaktivität ebenso wie der Indolenz, und er braucht sie, weil seine volkhafte Individualität, der unersetzbare Nährboden seiner seelischen und geistigen Existenz, dauernd unter dem Druck landfremder Einflüsse zu zermürben droht.

Wenn auch das politische Stück aus den soeben genannten Gründen eine bestimmte Befürwortung verdient, so bietet es doch nicht die einzige Möglichkeit, der elsässischen Dramatik neue Auftriebskräfte zuzuführen. Gegen eine stärkere Betonung ernster Stücke sprechen nüchterne lukrative Gründe, Lustspiel und Schwank aber scheinen seit dem Kriege in den ausgenutzten Wegen der Situations- und Verwechslungskomik festgefahren. Neues und auch literarisch Wertvolles wird und kann auf diesem Gebiet nur dann erstehen, wenn sich die elsässischen Dichter der verbrauchten Mittel entledigen und sich mehr der Komik der Standes- oder Charaktertypen zuwenden. Zu diesem Zwecke müssen sie aber statt bei Molière bei Anzengruber in die Lehre gehen. Dort herrscht nur Technik, Architektur, hier Gemüt; dort nur kluge Ökonomik in Dialog und Szenenführung, hier menschlicher Gehalt. Die elsässische Gemütswelt ist äußerst reich, doch völlig unerforscht. Nur aus ihrer Tiefe ersteht die elsässische Charakterkomödie, die bis jetzt noch nicht geschrieben wurde. Hier also verbirgt sich ein Ackerfeld, das nur des Pfluges wartet, um den Beweis seiner Fruchtbarkeit zu erbringen.

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Musy's Finanzprogramm. / Krisensteuer? / Volk und Armee.

Der Bund braucht Geld. Die Krise hat die seit einigen Jahren wieder ausgeglichene eidgenössische Staatsrechnung arg in Mitleidenschaft gezogen. Im Vergleich zum Rechnungsjahr 1931 sind die für das Jahr 1933 veranschlagten Ausgaben um 35 Millionen gestiegen, die Einnahmen dagegen gar um 57 Millionen gesunken. Der Fehlbetrag hätte 90 Millionen erreicht, wenn es nicht gelungen wäre, die voranschlagten Ausgaben durch Einsparungen auf der ganzen Linie um 20 Millionen Franken zu kürzen. Auch so bleibt noch ein Fehlbetrag von mindestens 70 Mill. Fr. zu decken und es sieht ganz darnach aus, als ob diese Ziffer noch steigen werde. Während der Dezembersession der eidgenössischen Räte, in der diese Zahlen bekannt wurden, rechnete man für das Jahr 1932 mit einem mutmaßlichen Betriebsdefizit der S. B. B. von ca. 40 Millionen Franken. Nach einem eben veröffentlichten provisorischen Abschluß wird aber der Fehlbetrag ungefähr 50 Mill. Fr. ausmachen. Auf weitere Überraschungen wird man sich gefaßt machen müssen, umsomehr, als die wichtigsten Einkünfte des Bundes (Zölle) und seiner selbständigen Verwaltungszweige (S. B. B.) von der wirtschaftlichen Kon-

junktur abhängig sind, von Umständen also, die sich heute weniger als je voraussehen lassen. Die Steigerung der sozialen Lasten des Bundes durch die zahlreichen krisenbedingten Hilfsaktionen für bedrohte Industrien, Gewerbe und die Landwirtschaft verschärft diese Abhängigkeit.

Um die Deckung des Fehlbetrages unserer eidgenössischen Staatsrechnung hat unmittelbar nach Weihnachten ein scharfer Kampf eingesetzt. Er findet seinen Ausdruck in einer breiten Pressepolemik, die die Tagesblätter aller Richtungen füllt und sodann in einem Referendums- und einem Initiativbegehren betreffend Lohnabbau und Krisensteuer, für die zur Zeit die notwendigen Unterschriften gesammelt werden. Die Grundlage der ganzen Auseinandersetzung bildet Bundesrat Musy's Finanzprogramm, das anläßlich der Beratung des eidgenössischen Voranschlages im Dezember bekannt wurde. Nach diesem Vorschlag beabsichtigt der Bundesrat, durch Einsparungen einerseits und die Erschließung neuer Einnahmen anderseits die Rechnung wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Einsparungsmöglichkeiten bieten sich durch die weitere Konversion hochverzinslicher Anleihen (7 Mill. Fr.), durch eine Herabsetzung der gesetzlich festgelegten Subventionen (ca. 10 eventuell gar 20 Mill. Fr., denn die bis anhin vorgenommenen Abstriche betrafen nur die sogenannten ungebundenen, jeweils von den eidgenössischen Räten jährlich festzusetzenden Betreffnisse), durch Herabsetzung der Bau- und Militärausgaben insgesamt etwa 5 Mill. Fr. und endlich durch einen $7\frac{1}{2}$%igen Lohnabbau bei der Bundesverwaltung und den S. B. B. je 12 Mill. Fr. Die Summe der möglichen Einsparungen wird somit auf ungefähr 35 Mill. Fr. veranschlagt. Weitere 35 Mill. Fr. sollen durch neue Steuern aufgebracht werden, und zwar ca. 15 Mill. Fr. durch eine Erhöhung der Stempel- und Couponsteuern, sowie eine neu einzuführende Abgabe auf Tantiemen, der Rest durch eine stärkere Belastung von Kaffee und Tee, Tabak und Alkohol. Schon am 16. Dezember hat deshalb der Bundesrat die Botschaft über ein neues Tabaksteuergesetz genehmigt und anfangs Januar die sofortige Erhöhung der Zollsätze auf Kaffee und Tee beschlossen. Diese Maßnahmen werden im Frühjahr auch die Bundesversammlung beschäftigen. Dabei wird es nicht ohne Kämpfe abgehen, schon deshalb, weil die Einnahmen aus der Belastung von Tabak und Alkohol durch die Verfassung für die Alters- und Hinterlassenenversicherung bestimmt sind, und nun bis auf weiteres zu $^3/_5$ der Bundeskasse zur Deckung der Krisenlasten zufließen sollen, währenddem $^1/_5$ für die sofortige Altersfürsorge verwendet und lediglich der letzte Fünftel dem ursprünglich in der Verfassung vorgesehenen Zwecke dienstbar gemacht werden soll. Die Freunde des Versicherungswerkes sträuben sich gegen diese Lösung und reden bereits vom Verfassungsbruch des Bundesrates. Doch ist das nicht die einzige Gegnerschaft, die das bundesrätliche Finanzprogramm im Lande findet. Jeder einzelne Punkt ist sozusagen bestritten und es scheint, als ob alle Parteien und Interessengruppen überhaupt nichts dringlicheres mehr zu tun haben, als durch lautes Geschrei dafür zu sorgen, daß die Last der Krise möglichst auf andere Volksgenossen abgewälzt werde. Lohnabbau verlangt man auf der einen, eine Krisensteuer auf der anderen Seite. Die Konsumenten wehren sich gegen indirekte Steuern, wie die Zollerhöhung auf Lebensmittel, während aus Finanzkreisen einer stärkern Belastung der Werttitel durch erhöhte Stempel- und Couponsteuern Opposition erwächst. Ältere Generationen möchten die Krisenlasten gerne der Nachwelt überlassen und setzten sich für die Aufnahme besonderer Krisenanleihen ein, währenddem die jüngeren politischen Gruppen der unverzüglichen Deckung aller Ausfälle das Wort reden. Selbst innerhalb einzelner Steuerkategorien ist heftiger Kampf entbrannt. Das schönste Beispiel bot die Tabakindustrie, indem eine Gruppe von 10 Fabrikanten in öffentlichen Pressekundgebungen ihre Opposition gegen die vom Bundesrate auf Grund von Besprechungen mit den übrigen Firmen vorgeschlagene Regelung begründete. In langen Zeitungsartikeln redet man darüber, ob die hellen oder die dunkeln, die Luxus- oder die Volkszigaretten die größere

Steuerbelastung erfahren sollen. O heiliger Sankt Florian, verschone unsere Häuser, zünd' lieber andere an!

* * *

Im Vordergrund dieser Auseinandersetzung über die Verteilung beziehungsweise um die Überwälzung der Krisenlasten steht, wie oben bereits angedeutet wurde, der Kampf um das Gesetz über den Lohnabbau der Bundesbeamten und die Volksinitiative für die Erhebung einer eidgenössischen Krisensteuer. Das Referendum gegen den im Dezember von der Bundesversammlung beschlossenen 7½%igen Lohnabbau ist zustande gekommen. 192,000 Unterschriften sind dafür bis heute gesammelt worden, obschon nur 30,000 dazu notwendig wären. Die Zahl von 260,000 Unterschriften für die Krisensteuervorlage jedoch ist bis heute überhaupt noch nie von einem Volksbegehren erreicht worden. Politisch bedeutsam ist die Tatsache, daß hinter diesem Volksbegehren eine fast geschlossene Front der Arbeitnehmer steht, die weit über die Linksparteien bis tief ins Bürgertum hineinreicht. Die Aufsplitterung der bürgerlichen Parteien nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten ist dadurch wiederum ein gewaltiges Stück vorwärts getrieben worden. Die Angestelltenverbände, deren politische Interessen bis heute mehrheitlich durch den linken Flügel des Freisinns vertreten wurden, wie die christlich-sozialen Gewerkschaften, die sonst treu zur katholisch-konservativen Volkspartei hielten, verweigern diesen Parteien in der Krisensteuerfrage die Gefolgschaft, indem sie mit wenigen Ausnahmen für das Volksbegehren eintreten. Die klassenmäßige Spaltung unseres Volkes ist wohl selten so scharf zum Ausdruck gekommen! Dieser rein wirtschaftlich-klassenmäßigen Frontbildung entspricht ein völliger Mangel wirklich staatspolitischer, nationaler Gesichtspunkte im einen wie im andern Lager. Die Schweiz zählt heute gegen 100,000 Ganzarbeitslose und etwa 60,000 Teilarbeitslose. Rechnet man die von ihnen zu unterstützenden Familienmitglieder hinzu, so ist die Zahl der in der Schweiz von der Arbeitslosigkeit direkt oder indirekt betroffenen Personen mit 500,000 wohl nicht zu gering geschätzt. Wir stehen vor einer nationalen Katastrophe. Der restlose Einsatz eines jeden Bürgers mit seiner ganzen Person und seinem ganzen Vermögen für die Volksgemeinschaft sollte wohl für jedermann eine Selbstverständlichkeit sein. Wenn irgendwann Opfer für den Staat, d. h. für die nationale Gemeinschaft gefordert werden dürfen, so muß es jetzt geschehen. Und zwar von allen, ohne Ausnahme! Die Führer der herrschenden Parteien aber, links und rechts, ganz abgesehen von den Wirtschaftsverbänden, sind wohl anderer Meinung. Sie reden zwar hüben und drüben von Solidarität. Aber sie reden nur. Ihre Taten lehren uns anderes. Links wehrt man sich heute gegen den Lohnabbau und andere fiskalische Sparmaßnahmen, nicht nur um selbst keine Opfer bringen zu müssen, sondern auch aus der Befürchtung, daß die Krisensteuer, die man den Besitzenden gerne auferlegen möchte, sonst überflüssig werden könnte. Nach einer Agenturmeldung vom 11. Januar beschloß das Aktionskomitee der Arbeiterschaft, zu verlangen, daß der provisorische Bundesratsbeschluß über die Belastung von Kaffee und Tee rückgängig gemacht werde und daß im Parlamente überhaupt keine finanziellen Maßnahmen beschlossen werden sollten, ehe die Krisensteuer-Vorlage dem Volke zur Abstimmung unterbreitet werde. Ähnliche Beispiele ressentimentaler Kurzsichtigkeit aber bietet auch die Krisenpolitik der bürgerlichen Parteien und des Bundesrates. In Eile hat man jene Teile des Finanzprogrammes Musy unterbreitet, die vorzugsweise die weniger bemittelten Volkskreise treffen oder diese zum mindesten ebenso stark belasten wie die Besitzenden (Lohnabbauvorlage, Belastung von Kaffee, Tee, Tabak und Alkohol). Von der Vorbereitung der seinerzeit ebenfalls angekündeten, auf eine stärkere Belastung des Besitzes gerichteten Maßnahmen, von der Besteuerung der Tantiemen und Erhöhung der Stempel- und Couponabgaben, hat man seither nichts mehr gehört. Von einer Krisensteuer gar,

auch von einem Gegenvorschlag des Bundesrates, will man grundsätzlich nichts wissen. Solches Verhalten erscheint verdächtig. Es zeitigt mindestens den Anschein, als ob die führenden bürgerlichen Politiker sich gerne um jedes Opfer ihrer Klasse herumdrücken möchten und als ob das Wort Volksgemeinschaft für sie nur noch am 1. August und in Wahlreden Geltung habe. Auch wenn dem nicht so sein sollte, was wir gerne annehmen und hoffen. Wesentlich bleibt, daß durch das gegenwärtige Verhalten der bürgerlichen Parteien immer weitere Kreise nach links abgedrängt und damit auch dem Vaterlande entfremdet werden. Warum nicht, wenn dem nationalen Wort die soziale Tat nicht folgt, die es allein sinnvoll macht?

Am deutlichsten zeigt sich dies vielleicht in der Stellungnahme der bürgerlichen Presse zur Krisensteuerfrage. Was man da in führenden Blättern im Gewande einer scheinbaren Sachlichkeit an Unwahrheiten und Verdrehungen aufgetischt erhält, ist unglaublich. Es geschieht dies zwar nicht in der plumpen Art, in der man in der Linkspresse politische Stimmung macht, ist aber von einem unparteilich nationalen Standpunkte aus nicht weniger bedenklich. Da wird beispielsweise immer wieder behauptet, der Privatwirtschaft, die ohnehin nicht rentiere und mit Verlust arbeite, würden einfach untragbare Opfer zugemutet. Studiert man jedoch den Wortlaut der Vorlage durch — der offenbar im Interesse einer sachlichen Aussprache in den bürgerlichen Blättern meistens nicht abgedruckt wird —, so entdeckt man, daß Aktiengesellschaften, Kommanditaktiengesellschaften und Genossenschaften, also die bedeutendsten Unternehmungen nur dann zur Steuerleistung herangezogen werden können, wenn sie trotz der Krise einen Reingewinn erzielen, andernfalls aber steuerfrei ausgehen, selbst dann, wenn beispielsweise die Reserven zur Dividendenausschüttung herangezogen werden. Damit aber fällt der volkswirtschaftlich schwerwiegendste Vorwurf gegen die Krisensteuervorlage dahin. Um andere Argumente der Gegner dieser Vorlage ist es nicht viel besser bestellt.

Es ist hier nicht der Ort, Vor- und Nachteile des Volksbegehrens zu ergründen und dazu Stellung zu beziehen. Wohl aber scheint uns hier eine Mahnung am Platze, der sich selbst die Gegner der Krisensteuer wohl kaum werden entziehen können. Die gegenwärtige Krise wächst sich zur Quelle schwerer sozialer Gefahren aus. Die Mittel, die Bund und Kantone zur Krisenmilderung in ihren Voranschlägen zur Verfügung stellten, reichen nicht aus. Eine gründliche Sanierung der Landwirtschaft allein würde hunderte von Millionen Franken erfordern. Und ebenso die Sanierung verschiedener notleidender Industriezweige. Die Bundesbahnen sind nach dem erschienenen Berichte um 850 Mill. Fr. überkapitalisiert. Der Staat wird ihnen diese Last abnehmen und sie abbezahlen müssen. Wenn auch eine Krisensteuer kein Mittel zur Überwindung der Wirtschaftskrise darstellt, sondern lediglich die Mittel zur Hilfe in dringender Not beschaffen kann und nur neben und mit den übrigen geplanten Maßnahmen sich sinnvoll auswirkt, so werden wir um ein solches Opfer in dieser oder einer andern Form doch nicht herumkommen. Es hat daher wenig Sinn, sich grundsätzlich dagegen zu sträuben. Sonst wird sich die Wirtschaftskrise noch mehr als das heute schon der Fall ist, zu einer Volkskrise, d. h. zu einer Vertrauenskrise der Nation auswachsen. Den Bundesbeamten der mittleren Besoldungsklassen, sagen wir z. B. mit einem Salär von Fr. 7000.— im Jahr, wird durch die Lohnabbauvorlage ein Opfer zu Gunsten der Staatskasse im Betrage von Fr. 450.— im Jahre zugemutet. Ist es da unbillig, einem nicht beamteten Bürger ein Opfer in der gleichen Höhe aufzuerlegen, wenn er trotz der Krise noch mindestens Fr. 30,000.— verdient oder Fr. 300,000.— Vermögen sein eigen nennt? Oder ist ein Opfer von Fr. 26.25 untragbar, wie es nach dem Wortlaute des Volksbegehrens von jenem verlangt wird, der immerhin noch Fr. 7000.— im Jahre verdient? Das sind die Überlegungen, wie sie im Volke heute angestellt werden. Dem Volke gegenüber aber kann sich niemand mit Krisen, Kurs- und Kreugerverlusten ausreden. Der Zusammenbruch des Kreugerkonzerns hat der

Schweiz in wenigen Tagen ungefähr 200 Mill. Franken Vermögen gekostet. Das wurde ohne allzulaute Klagen ertragen. Ein Krisenopfer von 50 Mill. Franken in einem Jahr aber erscheint vielen als etwas Unannehmbares. Das ist es, was im Volke nicht verstanden wird und zu einer immer tiefer werdenden Entfremdung und Spaltung der Klassen führt. Man kann aus erwägenswerten Gründen Gegner des Volksbegehrens sein. Diesen Gegnern aber erwächst in der heutigen Notlage zum mindesten die Verpflichtung, einen brauchbaren Gegenvorschlag aufzustellen. Grundsätzliche Ablehnung allein genügt nicht. Denn in der Not entscheiden nicht Worte. Da gilt einzig die Tat.

* * *

Über „Volk und Armee" sprach am 23. Februar in der „Stadthalle" in Zürich-Außersihl vor einer großen, von sämtlichen bürgerlichen Parteien einberufenen Versammlung Bundesrat Minger, der Chef des eidgenössischen Militärdepartements. Es ist nicht das erste Mal, daß Bundesrat Minger unmittelbar vor das Volk tritt, um mit ihm selbst, und nicht nur mit den Parlamentariern, über die Armee und die Notwendigkeit der Landesverteidigung zu reden. Wir haben uns immer über diese Haltung gefreut. Auch der Inhalt seiner Rede, die längst durch die Tagespresse bekannt ist, die volkstümlich geformt und dennoch beherrscht und maßvoll, ja für unser Empfinden wohl allzu maßvoll war, gibt hier zu keinen Bemerkungen Anlaß, aber die Pressepolemik, die dieser Veranstaltung vorausging und die Gegenkundgebungen der Linksparteien, die am selben Abend das „Volk zu zwei Massenversammlungen gegen den Militarismus" ins „Limmathaus" und „Volkshaus" einberufen hatten. Uns scheint, die Frage Volk und Armee sei erst durch diese Gegenkundgebungen und nicht durch die bundesrätliche Rede in ihrer tieferen Bedeutung gestellt worden. Wenn Armee und Landesverteidigung heute für viele Anhänger der Linksparteien, leider aber auch für manche Bürgerliche etwas Fragwürdiges geworden sind, so geschieht dies letztlich, weil das Volk selbst, um desswillen die Armee da ist, diesen Leuten keine sinnvolle Wirklichkeit mehr bedeutet, keine geistige und soziale Gemeinschaft mehr ist, zu der sie sich bekennen. Die erwähnten Kundgebungen bewiesen das eindeutig. Die Argumente der Pazifisten, über die sonst so viel diskutiert wird, spielten eine kleine Rolle. Umso deutlicher hat dafür der Basler Sozialdemokrat Schneider das ausgesprochen, worum es im Grunde geht, indem er den „Militarismus ein Instrument der kapitalistischen Klassenherrschaft und Feind des Volkes" nannte. Euer sogenanntes Vaterland und seine Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung taugen uns nicht! Darum bekämpfen wir auch die Armee, die diese Ordnung schützt! Das ist der letzte Grund für die politische Haltung der Linksparteien. Aus dieser Erkenntnis aber stellt sich jenen, die an Volk und Armee glauben, die Aufgabe, die als erste gelöst werden muß, wenn die Stellung der Arbeiterschaft zur Armee wiederum eine andere werden soll: durch eine gerechte soziale Ordnung ein neues, lebendiges Volksbewußtsein zu schaffen! Die Armee ist nicht um ihrer selbst, sondern um der gemeinsamen Sache, um des Volkes willen da. Sie muß aus ihm heraus wachsen. Unser Volk aber ist in Klassen- und Interessentenhaufen aufgesplittert. Zunächst werden wir dafür Sorge tragen müssen, daß die Spaltung nicht dadurch verschärft werde, daß die Armee, die Ausdruck der volklichen Einheit ist, leichtfertig zu Polizeidiensten in wirtschaftlichen Kämpfen (Streikunruhen) eingesetzt werde. Hier rächt sich eine falsche Sparpolitik einzelner kantonaler Regierungen. Verschiedene Sprecher des Bundesrates haben das in der Wintersession der eidgenössischen Räte deutlich ausgesprochen und Bundesrat Minger hat das auch in seiner letzten Rede in Zürich wiederum angedeutet. Darüber hinaus aber hat das zu geschehen, was in der erwähnten bundesrätlichen Rede leider unausgesprochen blieb und hier nochmals gefordert werden muß: durch den rückhalt-

losen Einsatz eines Jeden, mit seiner ganzen Person und seinem ganzen Gut, wieder jene soziale und geistige Körperschaft und Einheit zu schaffen, mit der unser ganzes Sein steht und fällt: das schweizerische Volk!

Zürich, den 28. Februar 1933.

Robert Tobler.

Zur politischen Lage.

Die Kanzlerschaft Hitlers. / Internationale Nervosität. / Französische Dinge.

Die Berufung Adolf Hitlers zum deutschen Reichskanzler muß als ein politisches Ereignis von weittragendster Bedeutung gewertet werden. Sie ist eine entscheidende Etappe auf dem Wege der innerpolitischen Entwicklung Deutschlands. Von den einen bejubelt, von den andern mit skeptischer Zurückhaltung beurteilt und von den Dritten offen abgelehnt, erscheint sie bei nüchternem Verstande als logische Folge im Ablauf des Geschehens und durchaus im Sinne der inneren Notwendigkeit der politischen Entwicklung liegend.

Im August und ein zweites Mal im November des letzten Jahres hatte Hitler den Schritt in die Regierung noch nicht zu tun gewagt. Nach dem Sturz Papens kam es zunächst zur Zwischenlösung Schleicher, die unter günstigen Auspizien gestartet wurde. Schleicher behielt jedoch die Dinge nicht in der Hand, er verhandelte statt zu handeln und wurde schließlich von den Ereignissen überrannt. Es ist in erster Linie ein Verdienst des Vizekanzlers von Papen, daß am 30. Januar eine Regierung der sog. „nationalen Konzentration" zustande kam. Seiner diplomatischen Kunst gelang es, Hitler, der noch drei Monate zuvor die unumschränkte Macht verlangt hatte, zum Eintritt in ein Koalitionskabinett zu bewegen. Es mag dahingestellt bleiben, wieviele Intrigen beim Zustandekommen seines Entschlusses mitwirkten: Tatsache ist, daß die von vielen seit Jahren ersehnte „Rechtsregierung" zustande kam, die nunmehr das Steuer des Staatsschiffes in die Hand genommen hat und auf unbekannte Meere hinauszusegeln gewillt ist. Die tragenden Säulen der neuen Regierung sind der Nationalsozialismus, der Stahlhelm und der konservative Block um Papen und Hugenberg. Wesentlich ist, daß in ihr nicht nur die entscheidenden Parteien vertreten sind, sondern insbesondere auch die Männer, welche die eigentlichen Träger der Bewegung sind. In diesem Sinne kann das am 30. Januar auf die Beine gestellte Kabinett ein „großes" genannt werden. Durch den Zusammenschluß der nationalen Kräfte ist ein starker Machtblock entstanden. Derselbe beruht zwar weniger auf einem einheitlichen Programm der verschiedenen Gruppen, als vielmehr auf ihrem leidenschaftlichen Willen zur nationalen Selbstbehauptung. Den Reichspräsidenten mag, als er nach langem Widerstreben endlich die Zustimmung zur Kanzlerschaft Hitlers gab, die Überzeugung geleitet haben, daß es bei der Neubildung der Regierung weniger auf schön ausgearbeitete organisatorische Reformpläne ankomme, als vielmehr darauf, die wirklichen politischen Kräfte in irgend einer Weise zur Mitarbeit heranzuziehen. In diesem Sinne erfolgte die Berufung Hitlers, der in unmittelbarem Kontakt mit den wirklichen sozialen Kräften des Volkes steht. Ein ehemals führender Nationalsozialist forderte vor einigen Monaten die Kanzlerschaft Hitlers mit folgender Begründung, die den Kern der Sache trifft: „Man kann nicht durch Gesetze ein Volk regieren, wenn nicht Millionen bei der Durchführung dieser Gesetze mithelfen. Das Gesetz, das ein Kanzler Hitler herausgibt, wird an jeder Straßenecke, in jeder Kneipe und in jeder Wohnung einen Verteidiger finden, einen Nationalsozialisten, der weiß, was der Führer will, und der sich für die Verwirklichung dieses Gesetzes einsetzt. Dann werden Gesetze lebendig, dann entsteht die Atmosphäre freiwilliger Mitarbeit, dann entsteht die psychologische Verbindung zwischen Volk und Führung, die Vertrauen schafft. Vertrauen, ein

geistiger Begriff, aber unentbehrlich, wenn man ein Volk regieren will, und noch unentbehrlicher, wenn man ein Volk unter Opfer und Entbehrungen aus grenzenloser Not befreien will!" Auf diese Weise sind durch Hitler Massen an den Staat herangebracht worden, die bisher zu ihm in stärkster Oppositionsstellung standen.

Papen war es gelungen, das Wasser mit dem Feuer zu vermählen, d. h. Hitler und Hugenberg im gleichen Kabinett zu vereinigen. Ein Blick auf die Zusammensetzung der Regierung zeigt, daß in ihr die Deutschnationalen und insbesondere Hugenberg eine starke Stellung innehaben. Die Wirtschaft mit Einschluß der Landwirtschaft ist vollständig in die Hand Hugenbergs gelegt. Die Nationalsozialisten haben vorwiegend die politischen Ministerien erhalten. Anfänglich schien ihr Einfluß nicht allzu bedeutend zu sein. Seitdem jedoch der Ausnahmezustand über das Reich verhängt ist und Göring planmäßig darauf ausgeht, die eigentlichen Machtmittel des Staates, soweit sie sich nicht in der Reichswehr verkörpern, fest in die Hand zu bekommen, hat ihre Position an Stärke gewonnen, ganz abgesehen von der moralischen Festigung, die der Nationalsozialismus durch seinen gewaltigen Sieg vom 5. März erfuhr. Bei gewaltsamen Auseinandersetzungen, wie sie die Zukunft vielleicht bringen wird, ist es natürlich von ausschlaggebender Bedeutung, wer über die Brachialgewalt verfügt. In dieser Beziehung steht der Nationalsozialismus, der nicht nur über eine Prätorianergarde von 700 000 S. A.-Leuten, sondern auch über die Polizei verfügt, sehr stark da.

Die Bildung der nationalen Konzentrationsregierung über die Schranken der Parteien hinweg hat zweifellos etwas Großartiges. Allein man darf doch nicht übersehen, daß die gefundene Lösung starke Konfliktsmöglichkeiten in sich birgt. Sie liegen einmal darin, daß der Nationalsozialismus möglicherweise in nicht allzu ferner Zukunft einen verstärkten Machtanspruch innerhalb der Regierung geltend machen und den Versuch, eine reine Parteidiktatur zu errichten, unternehmen wird. Die Konfliktsmöglichkeiten liegen aber auch im Nationalsozialismus selbst. Er ist durch die Regierungsbeteiligung einer starken Belastung ausgesetzt. Die sozialistischen, revolutionären Kräfte in ihm drängen nach vorwärts. Sie verlangen entscheidende Taten von der neuen Regierung. Sind aber nicht Hitlers Hände allzu sehr gebunden, und hat er selbst überhaupt die Absicht, den von vielen seiner Anhänger ersehnten „deutschen Sozialismus" zu verwirklichen? Die kurz vor der Machtübernahme vollzogene Ausbootung Gregor Straßers spricht eine ebenso deutliche Sprache wie die Bestellung des großkapitalistisch eingestellten Herrn Funk zum wirtschaftlichen Berater Hitlers. Wird nicht die Zeit kommen, wo die tausend und abertausend jungen Leute, die sich Hitler in der Hoffnung, mit ihm einer neuen Staats- und Gesellschaftsordnung zum Durchbruch verhelfen zu können, unruhig werden, wenn alles beim Alten bleibt? Es besteht die Gefahr, daß die Lösung des 30. Januar ein Kurzschluß ist. Die Schwierigkeiten werden erst offen in Erscheinung treten, wenn das Kabinett an die praktische Arbeit herangehen muß. Dann wird die Kluft zwischen den Anschauungen des reaktionären Herrn Hugenberg und denjenigen des sozialistischen Flügels der Nationalsozialisten sich vor aller Augen auftun. Wenn Hitler sich dem letzteren widersetzen muß, so besteht die Möglichkeit, daß die Entwicklung über ihn hinweggeht. Im Grunde ist der Nationalsozialismus eben doch eine revolutionäre Bewegung, die nicht an einem beliebigen Punkt ihrer Entwicklung abgestoppt werden kann, sondern ihrem inneren Gesetze gemäß sich vollenden muß. Auch die Errichtung der Diktatur wird diejenigen Kräfte auf die Dauer nicht mit Reden abspeisen können, welche die Revolution wollen. Und wie verhält sich bei alledem die Arbeiterschaft? Wir haben von jeher der Meinung Ausdruck gegeben, daß gegen sie nicht regiert werden kann. Keine Regierung, ganz besonders nicht eine nationalsozialistische, wird um die Gewerkschaften herumkommen. Die Art und Weise, wie von der NSDAP. der Wahlkampf geführt wurde, erschwert ihren Einbau in den Staat, den Schleicher — und darin kann man ihm den großen staatsmännischen Blick nicht

absprechen — vorbereitet hatte. Der Nationalsozialismus scheint sich in eine klassenkämpferische Situation hineinzubegeben, während doch gerade die Überwindung des Klassenkampfes der tiefste Sinn der Bewegung ist.

Eine Prognose für die Regierung zu stellen, ist schwierig. Sie ist nach unserer Ansicht eine Regierung auf dem Wege der deutschen Revolution. Sie wird — mit oder ohne Umbildung — zunächst zur reinen Diktatur werden und unter Umständen restaurative Tendenzen aufweisen, wobei die Frage der Monarchie wieder aktuell werden würde. Ihre Dauer wird wesentlich davon abhängen, wieweit es ihr gelingt, die Arbeitslosigkeit einzudämmen. Auf alle Fälle ist die Zukunft voller Gefahren. Aber der Durchbruch einer neuen Ordnung ging stets nur unter schwersten Erschütterungen vor sich.

* * *

Außenpolitisch hat die Regierungsübernahme durch Hitler — wenigstens äußerlich betrachtet — bis zur Stunde keine besondere Wirkung gehabt. Es ist keine Haß- und Kriegsstimmung ausgebrochen, wie sie von gewisser Seite für den Fall der Machtergreifung durch den Parteichef der Nationalsozialisten prophezeit wurde. Im Gegenteil erblicken manche Mächte einen Fortschritt darin, daß sie nun einer Regierung des nationalen Zusammenschlusses in Deutschland gegenüberstehen. Allzu lange war es unklar, wem schließlich die Macht zufallen würde. Jetzt, wo wenigstens bis zu einem gewissen Grade eine Klärung eingetreten ist, können wieder langfristigere Dispositionen getroffen werden.

Die äußere Ruhe, mit der die Bildung der neuen deutschen Regierung in den hauptsächlich interessierten Ländern und von diesen insbesondere in Frankreich aufgenommen wurde, darf allerdings nicht dazu verleiten, die Dinge, die sich hinter den Kulissen abspielen, zu übersehen. Da und dort in den europäischen Hauptstädten hat eine Nervosität Platz gegriffen, die zwangsläufig einer vermehrten diplomatischen Tätigkeit rief. Bezeichnend für die Unruhe, die sich geltend macht, war das Gerücht eines deutsch-italienisch-ungarischen Bündnisses, welches von Mussolini eigenhändig dementiert wurde, aber trotzdem nicht aus der Diskussion verschwinden will. Nicht minder aufschlußreich war die Aufbauschung der Hirtenberger Waffenaffäre, die durch das offizielle Eingreifen Frankreichs und Englands zu einer europäischen Sensation erhoben und dadurch in ihrer Bedeutung maßlos übertrieben wurde. Viel wichtiger als diese Angelegenheit war der Abschluß eines Bündnisses zwischen den Staaten der sog. Kleinen Entente, nämlich Jugoslavien, Tschechoslovakei und Rumänien. Damit wurde im Südosten Europas ein Machtblock geschaffen, der von vorneherein gewisse Revisionsabsichten, wie sie z. B. von Ungarn gehegt werden, durchkreuzen soll, eine Sache, die zweifellos der Klärung der gesamteuropäischen Situation nicht gerade förderlich ist. Jugoslavien erwartet von Italien gelegentlich einen außenpolitischen Vorstoß und zu allem Überfluß sieht auch Polen Kriegsgespenster, da es annimmt, daß die nationale Regierung in Deutschland die Korridorfrage aufrollen werde.

Alles in allem: die Luft ist mit Zündstoff schwer geladen. Die Rückwirkung dieses Zustandes auf Frankreich besteht in einem verstärkten Ruf nach Sicherheit. In der Kammer wurden energische Proteste gegen eine allfällige Rüstungsbeschränkung laut, und an der Genfer Abrüstungskonferenz zeigte sich die hinauszögernde Taktik Frankreichs neuerdings in vermehrtem Maße. Noch ist die Formel in Erinnerung, die gegen Ende des vergangenen Jahres gefunden wurde, um die festgefahrene Konferenz flott zu machen und Deutschland wieder an den Verhandlungstisch zurückzuberufen. „Gleichberechtigung in einem System der Sicherheit" lautete sie. Wir befürchteten schon damals, daß durch sie die Schwierigkeiten nicht überwunden, sondern nur augenblicklich bemäntelt würden. Die Haltung Paul-Boncours in Genf zeigt, daß diese Befürchtung nur allzu gerechtfertigt war. Frank-

reich fordert in erster Linie Verwirklichung der vorgesehenen Sicherheit; da aber über diese nicht ernsthaft diskutiert werden kann, solange das Versailler Vertragssystem nicht einer ernsthaften Revision unterzogen wird, ist die Genfer Konferenz neuerdings an einem toten Punkt angelangt. Unter diesen Umständen ist es nicht weiter verwunderlich, daß sich das sehr realistisch denkende Frankreich nach wirksamer Rückendeckung umsieht. Die Aktion zur Wiederannäherung an Italien scheint nicht recht vom Fleck zu gehen. Umso eifriger sind die Bemühungen um Rußland, die kein Geringerer als Herriot seit einiger Zeit offen betreibt. Hier ist eine politische Konstellation von größter Tragweite im Entstehen begriffen. Die deutsche Außenpolitik, die seit geraumer Zeit Rußland offensichtlich vernachlässigt, ist dabei der Annäherung Frankreichs an Rußland außerordentlich förderlich.

* * *

Die innerpolitische Lage in Frankreich ist trotz Annahme der Finanzgesetze durch die Kammer durchaus undurchsichtig. Ein radikales Kabinett folgt dem andern. Daladier besitzt ebensowenig eine stabile Mehrheit wie Paul-Boncour. Im Grunde genommen geht die Entwicklung in der gleichen Richtung wie in Deutschland, wenn sie auch noch längst nicht so weit fortgeschritten ist. Immerhin geben ungewohnte Ereignisse, wie der Zug der 20 000 unzufriedenen Bauern nach Paris, der Aufstand der Steuerzahler und der Pariser Generalstreik im „solidesten Land Europas", wie Frankreich kürzlich genannt wurde, zu denken. Bereits hat der frühere Präsident Doumergue die Parteien zur Einigkeit ermahnt, und Tardieu ist seit längerer Zeit zum ersten Mal wieder mit einer politischen Rede in der Öffentlichkeit hervorgetreten, in der er mehr oder weniger offen nach dem Diktator rief und eine Verfassungsreform forderte, wonach die Kammer aufgelöst werden kann, wenn sie sich als widerspenstig und arbeitsunfähig erweist. Den Luxus kontinuierlichen Ministerstürzens kann sich ein Land allenfalls in guten Zeiten leisten, nicht aber in einer Krise.

Die innerpolitische Unsicherheit trägt naturgemäß dazu bei, daß außenpolitisch die Dinge nicht vorwärts kommen. Eine Regierung, die schon wegen der innerpolitischen Fragen jeden Augenblick gestürzt werden kann, muß auf außenpolitischem Gebiet erst recht vorsichtig sein. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet kann den Franzosen kein besonderer Vorwurf wegen ihrer Außenpolitik, im Speziellen wegen der an der Genfer Abrüstungskonferenz verfolgten Taktik gemacht werden. Die französischen Regierungen sind das Opfer der innerpolitischen Verhältnisse. Solange die Regierung immer mit einem Auge auf ein 600 köpfiges Parlament ohne beständige Mehrheit schielen muß, besteht — auch wenn im Kabinett Männer von bestem Willen sitzen — die Gefahr, daß von Frankreich aus eine Lähmung der Politik der Mächte ausgeht, die sich nur zum Schaden Gesamteuropas auswirken kann, wie das Beispiel der Kriegsschulden- und der Abrüstungsfrage zeigt. Ein im Innern unbewegliches Frankreich wird kaum in einer dieser Fragen initiativ vorzugehen geneigt sein und alles bekämpfen, was allzusehr nach einer Änderung der Lage aussieht.

Diejenigen wichtigen zwischenstaatlichen Entscheidungen, die im gesamteuropäischen Interesse notwendig sind, können nur fallen, wenn in den betreffenden Ländern Regierungssysteme herrschen, die von der Bindung an egoistische Gruppeninteressen sowie an irrationale und unkontrollierbare Masseninstinkte frei sind. Von diesem Standpunkt aus ist der Durchbruch des deutschen Nationalismus, der den starken Staat bringen wird, zu begrüßen. Echter Nationalismus ist durchaus nicht gleichbedeutend mit Imperialismus. Echter Nationalismus will in erster Linie die Lebensmöglichkeit für das eigene Volk, aber er achtet das Lebensrecht der andern Völker. Echter Nationalismus endlich wird auch niemals der Bildung einer wirk-

lichen Schicksalsgemeinschaft der Völker Europas hindernd im Wege stehen, die kommen muß, weil die Not dazu zwingen wird.

Schaffhausen, 6. März 1933.

Rolf Henne.

Kultur- und Zeitfragen

Zwei Jahre Landessender.

Ein schweizerisches Radio besteht seit zwei Jahren. Am 1. März 1931 ist die Schweizerische Rundspruchgesellschaft — eine Dachgesellschaft der fünf, zum Teil seit 1923 schon bestehenden lokalen Radiogenossenschaften — gegründet worden und hat bald darauf die Sender Beromünster und Sottens in Betrieb genommen.

Was hat sich seither verändert?

Es hat sich allerhand verändert.

Die Zahl der Radiohörer betrug anfangs dieses Jahres 230 000. Das ist über 5 % der Bevölkerung, aber noch lange kein Maximum, wenn man bedenkt, daß Dänemark 500 000 zählt und England viereinhalb Millionen.

Es bedeutet immerhin einiges. Es bedeutet, daß in belebten Quartieren in jedem Häuserblock mindestens ein Apparat sich befindet und in manchen Häusern mehrere. Es bedeutet, daß Hunderttausende heute täglich die schönsten Konzerte hören können, sei es direkt von Orchestern, Quartetten, Trios oder Chören, sei es über Schallplatten, von denen jedes einzelne vor dreißig Jahren als ein Fest gefeiert worden wäre. Es bedeutet unsägliche Wohltat vielen ans Bett gefesselten Kranken, Gebrechlichen, Krüppeln. Es bedeutet auch, daß der Radioapparat beim Mittelstand anstelle des Klavieres tritt und mit ihm des Klavierunterrichts.

Der Übergang von der Kulturgemeinschaft zur Zivilisationsgemeinschaft ist auch auf diesem Gebiete sozusagen über Nacht erfolgt, ohne daß wir uns bewußt geworden wären, was eigentlich geschehen ist. In einem Menschenalter werden wir's wissen.

Im Radiojahrbuch 1933 schreibt Robert Faesi: „Wir haben das Radio, die Möglichkeit seiner Abschaffung fällt gänzlich außer Betracht und damit steht auch das andere fest: wir müssen das Beste aus ihm machen."

Was aber ist dieses Beste?

Von Anfang an haben weitsichtige Männer erkannt, daß im Radio unendliche Möglichkeiten neuer Kunstformen liegen, die aber, wie alle Kunstformen, nur durch intensives Bemühen genialer Köpfe ans Licht treten können. Seit Jahren kämpfen die Schweizer Schriftsteller darum, daß diese Auffassung durchdringe. Und sie sind glücklich, einen Teil der Männer, denen das Radio anvertraut ist, auf ihrer Seite zu wissen. Ein anderer Teil freilich, vor allem bei den administrativen Spitzen, will immer noch nicht mehr darin sehen als ein Instrument zur Verbreitung billiger Unterhaltung. Zwischen Kunst und Unterhaltung aber klafft eine Welt!

Tröstlich ist Eines: Vor zwanzig Jahren begann uns der Film zu überfluten. Die in der Schweiz gezeigten Filme haben rein nichts mit unserer Wesensart zu tun. Wir erleiden Hollywood, wie es andere Völker erleiden. Tag für Tag rinnt das seichte Gift der mechanisierten U. S. A.-Zivilisation in die Zehntausende von Kinobesuchern unserer Städte. Aber das Radio ist unser. Wir können daraus machen, was wir wollen. Schon haben auch etliche erkannt, worauf es ankommt.

Ende Mai werden die Programmleiter an einer eigenen Tagung mit den